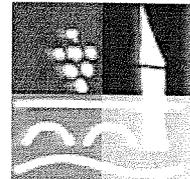




Dr. med. Brigitte Endres-Paul
Fraktionsvorsitzende



AL 1

Herrn Oberbürgermeister
Siegfried Müller
Kaiserstraße 13 – 15
97318 Kitzingen

Stadt Kitzingen						
V	07. OKT. 2010					
1	2	3	4	6	S	
ZWV	ZB	ZK	R	Uml	ZA	
R-Termin:					Geschen:	
Termin						

OB in ALB
Amt 1 (28.10)
(ohne SV)

Kitzingen, 06.10.2010 *Handwritten initials*

Resolution

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Müller,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

*Keine an alle Stadt
AL 21. 12.10*

im Namen der Stadtratsfraktion der SPD Kitzingen stelle ich den Antrag, der Stadtrat möge nachstehende

Resolution gegen die Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerkes in Grafenrheinfeld

fassen.

Das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld sollte im Jahr 2014 vom Netz gehen. So wurde es im Atomkonsens zwischen der damaligen Bundesregierung mit den Kraftwerksbetreibern vereinbart. Nach dem Grundsatz pacta sunt servanda (Verträge sind einzuhalten) sind wir der Meinung, dass auch dieser Vertrag im Interesse unserer Kitzinger Bürgerinnen und Bürger eingehalten werden muss. Die jetzige Bundesregierung hingegen sieht die Atomkraft als notwendige Brückentechnologie zum Übergang auf erneuerbare Energien an. Das Atomkraftwerk in Grafenrheinfeld soll daher mindestens zwölf Jahre länger laufen.

Der Stadtrat der Stadt Kitzingen appelliert an die Bundeskanzlerin, an den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, an die Fraktionen im Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Ministerpräsidenten, die derzeit geltenden Laufzeiten des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld **nicht** zu verlängern.

Die Stadt Kitzingen möchte aufgrund ihrer Betroffenheit mit der Resolution Einfluss auf die Meinungsbildung im Gesetzgebungsverfahren zur Laufzeitverlängerung nehmen. Die Resolution findet ihre Begründung in dem Gefährdungspotential, welches für die Stadt Kitzingen von dem Atomkraftwerk Grafenrheinfeld ausgeht. Die Stadt Kitzingen liegt keine 40 km von dem Atomkraftwerk Grafenrheinfeld entfernt. Bei keinem anderen deutschen Atomkraftwerk

gibt es eine derartige städtische Agglomeration mit mehr als 100.000 Einwohnern in der Umgebung.

Das 1981 in Betrieb gegangene Atomkraftwerk Grafenrheinfeld genügt nicht mehr den heute an einen Neubau zu stellenden Sicherheitsanforderungen. Insbesondere muss auf den mangelhaften Schutz gegen den Absturz von Flugzeugen und gegen terroristische Angriffe hingewiesen werden. Mindestens in diesen beiden Punkten hat sich die Gefährdungseinschätzung seit der Inbetriebnahme so wesentlich erhöht, dass man von einem Wegfall der ursprünglichen Beurteilungsgrundlage ausgehen kann. Das vor 30 Jahren in Betrieb genommene Atomkraftwerk Grafenrheinfeld wird wie jede technische Anlage mit zunehmender Betriebsdauer auch störanfälliger. Noch ältere deutsche Atomkraftwerke wurden aus diesem Grunde vom Netz genommen. Angesichts der besonderen Gefährdungssituation der Stadt Kitzingen ist eine weitere Erhöhung des Gefährdungspotentials durch das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld nicht zu verantworten.

Die Stadt Kitzingen setzt statt auf eine Laufzeitverlängerung des Atomkraftkraftwerkes auf den Auf- und Ausbau einer alternativen dezentralen und regenerativen Energieversorgung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. B. Endres-Paul
Fraktionsvorsitzende der
SPD-Stadtratsfraktion